

P r o t o k o l l

der Sitzung des Sozialausschusses am 23. November 2011 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 17:04 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Anwesenheit

Frau Lüptow	i.V. für Herrn Cymek
Herr Biedermann	i.V. für Herrn Kochhan
Herr Kummerow	
Frau Pridöhl	
Frau Reuhl	
Herr Schmidt	
Frau Worm	
Herr Weller	i.V. für Herrn Ziola

Entschuldigt

Herrn Ziola
Herr Kochhan
Herr Cymek

Unentschuldigt

Herr Uhlig
Frau Lembke
Herr Siperko

Verwaltung

Herr Dembski (ab 17:50 Uhr)
Frau Gömer
Frau Kindt
Herr Petschaelis
Herr Klöckner

Gäste

Frau Winter	Volkssolidarität
Herr Gosow	Volkssolidarität
Herr Sieting	Seniorenbeirat
Herr Fricke	Seniorenbeirat

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Auswertung der 3. Greifswalder Seniorentage
Herr Dr. Frisch
5. Beschlusskontrolle
- 5.1. Prüfauftrag zur Realisierung des Modellprojektes ‚Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)‘
interfraktioneller Antrag 05/623
B356-18/11
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2012
Dez. 1 , Amt 20 05/666
7. Information der Verwaltung
8. Informationen des Jobcenters
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Bestätigung des Protokolls vom 07.09.2011
12. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kummerow, eröffnet die Sitzung. Es sind 8 Ausschussmitglieder anwesend, damit besteht Beschlussfähigkeit.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge.

Abstimmungsergebnis: 8 x ja, einstimmig

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Sieting spricht als Vertreter von Herrn Dr. Frisch für den Seniorenbeirat. Er berichtet von einer Vorstandssitzung im Haus der Begegnung und teilt mit, dass eine gewisse Verunsicherung über die Zukunft der Begegnungsstätte herrscht. Unklar sei, was vom neuen Landkreis Vorpommern-Greifswald zu erwarten sei und welche finanziellen Mittel im nächsten Jahr für Begegnungsstätten vorhanden sein.

Herr Fricke ergänzt, dass die Begegnungsstätten mit anderen Aktivitäten im Stadtteil stärker vernetzt werden müssten und auch weiterhin die Unterstützung des Ausschusses brauchen.

Frau Gömer teilt mit, dass Mittel für das Haus der Begegnung und den Seniorenbeirat in den Haushaltsentwurf 2012 eingestellt sind.

Herr Otto Rose (Helsinkiring 23 b) stellt sich als ehemaligen Leiter des Obdachlosenheimes vor. Er fühle sich dem Haus und einigen Bewohnern nach wie vor verbunden und helfe ihnen. Er habe vor einiger Zeit erfahren, dass Kühlschränke und Fernsehgeräte aus den Zimmern der Bewohner entfernt wurden. Zur Begründung sei ihm gesagt worden, die Einwohner sollten sich nicht zu wohl fühlen. Herr Rose habe vorgeschlagen, zumindest Kühlschränke mit abschließbaren Einzelfächern in den Küchen aufzustellen. Ihm sei vom Betreiber des Obdachlosenheimes, der Volkssolidarität, ein Hausverbot erteilt worden, dass mit der Störung des Betriebsfriedens begründet worden sei. Insbesondere durch den öffentlichen Aushang des Hausverbotes im Eingangsbereich fühle er sich diskriminiert. Er habe bei der Geschäftsstelle der VS in Anklam angerufen und um Aufklärung gebeten.

Es gibt keine Nachfragen der Ausschussmitglieder. Herr Kummerow entscheidet, dass zunächst keine Stellungnahme durch Frau Winter erfolgen solle, sondern in einer der nächsten Sitzungen über die Vorwürfe beraten werden soll.

Zu TOP: 4. Auswertung der 3. Greifswalder Seniorentage

Herr Sieting berichtet ausführlich über die Seniorentage in der Stadtteilbegegnungsstätte Schwalbe bei der auch Vertreter der Partnerstadt Osnabrück anwesend waren. Herr Sieting bedankt sich bei allen Beteiligten und Unterstützern, insbesondere bei Frau Gömer und Frau Lenuk für die gute Öffentlichkeitsarbeit.

Zu TOP: 5. *Beschlusskontrolle*

Zu TOP: *Prüfauftrag zur Realisierung des Modellprojektes ‚Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)‘*
5.1.

Herr Dembski hat bezüglich des AIZ mit der Geschäftsführerin der Volkssolidarität e.V., Frau Winter, mehrere Unterredungen geführt. Einig ist man sich in der Feststellung, dass wegen der demografischen Entwicklung die Aktivierung von älteren Menschen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Der Antrag der VS auf Unterstützung des Projekts durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald trifft die Stadt in einer Situation der besonders angespannten Haushaltslage.

Zwei Varianten zur finanziellen Unterstützung des Projektes sind derzeit denkbar.

1. Variante: Investitionszuschuss in Höhe von 200.000,- € als Einmalzahlung. Die sachgerechte Verwendung der Mittel müsste dazu vertraglich abgesichert werden.
2. Variante: Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gewährt der VS zur Betreibung des AIZ einen jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 40.000 - 50.000,- €. Die Zuschussgewährung sollte dabei über eine Leistungsvereinbarung geregelt werden.

Frau Winter erläutert den Ausschussmitgliedern die Notwendigkeit einer schnellen politischen Entscheidung, da die Bewilligung anderweitig eingeworbener Mittel von der vollständigen Gesamtfinanzierung abhängig ist. Für die Variante 2 gäbe es Absprachen mit der Hausbank über eine Zwischenfinanzierung.

Herr Dembski weist darauf hin, dass es wichtig sei, der VS ein verbindliches Signal aus dem politischen Raum zu geben.

Herr Kummerow erklärt den Prüfauftrag für erfüllt und bittet die Ausschussmitglieder, die Problematik in die einzelnen Fraktionen zu tragen, damit Mitte Januar das Thema im Sozial- und Finanzausschuss behandelt werden kann.

Zu TOP: 6. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

Zu TOP: *Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2012*
6.1.

Der TOP 6.1 wurde vorgezogen, da Herr Dembski noch nicht eingetroffen war.

Herr Wille berichtet anhand einer Präsentation über die Systematik der doppelten Haushaltsplanung für das Jahr 2012. Insbesondere weist

Herr Wille die Ausschussmitglieder darauf hin, wie und wo sie die relevanten Haushaltsansätze finden können. Er betont, dass allen Bürgerschaftsmitgliedern durch die Verwaltung entsprechende Links zum vorläufigen Haushaltsentwurf zur Verfügung gestellt wurden. Um weitere Informationen zum neuen kommunalen Haushaltsrecht zu erhalten, verweist Herr Wille auf die von der Landesregierung betriebene Internetseite www.nkhr-mv.de. Da der Universitäts- und Hansestadt Greifswald durch die Kreisgebietsreform eine Reihe von Aufgaben entzogen worden sei, befinde sich der HH-Entwurf noch in der Bearbeitungsphase. Ziel sei es jedoch, im Februar 2012 zur Beschlussfassung über den Haushalt 2012 zu kommen. Herr Kummerow bittet die Ausschussmitglieder, Anregen und Korrekturwünsche bis Ende Januar 2012 an Herrn Wille zu richten.

Herr Dembski tritt der Sitzung bei und führt zu den aufgeworfenen Fragen wie folgt aus:

Kultur- und Sozialpass

In den HH-Entwurf sind für den KuS 12.000,- € eingestellt worden. Noch offen ist, wie mit der Ermäßigung für VHS-Kurse künftig umgegangen wird. Bisher wurden durch Ermäßigung entgangene Einnahmen der VHS nicht durch KuS-Mittel kompensiert, sondern verringerten die Einnahmen der VHS. Da durch die Gebietsreform die VHS in die Zuständigkeit des Landkreises Vorpommern-Greifswald übergegangen ist, ist z. Z. noch unklar, wie künftig verfahren wird. Der Landkreis könnte verlangen, dass Ermäßigungen für VHS-Kurse durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ausgeglichen werden. Herr Dembski sichert zu, dass er diesbezüglich mit dem Landkreis verhandeln wird.

Förderung von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege

Herr Dembski teilt mit, dass im HH-Entwurf 20.000,- € zur Förderung der Wohlfahrtspflege eingestellt sind. Es gibt noch unverbindliche Absprachen mit dem Fachdienstleiter Soziales, Herrn Hamm, die einen Finanzierungsanteil von 80% durch den Landkreis Vorpommern-Vorpommern und 20% durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald vorsehen.

Finanzierung Frauenschutzhaus

Auch hier gibt es Absprachen zwischen Herrn Dembski und Herrn Hamm. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald übernimmt die Restsumme für das Jahr. Künftig ist eine Kostenbeteiligung von je 30.000,- € durch den Landkreis und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald angedacht. Letztlich wird der Kreistag über die Zukunft des Frauenschutzhauses zu entscheiden haben.

Zu TOP: 7. Information der Verwaltung

Herr Dembski unterrichtet die Ausschussmitglieder über den fast vollständigen Übergang der Aufgaben des Jugend- und Sozialamtes an den Landkreis Vorpommern-Greifswald. Lediglich die Wohngeldbehörde und die Abteilung Kita- und Hortförderung seien bei der Stadt verblieben. Dadurch habe die Stadt für einige Aufgaben wie z. B. Jugend- und Sozialplanung keine eigenen Kapazitäten mehr. Auch direkte Ansprechpartner für die Jugendbegegnungsstätten „Klex“ und „TAKT“ gebe es somit nicht mehr. Wichtig sei, dass für die betroffenen Bürger die Umstrukturierungen durch die Kreisgebietsreform keine negativen Auswirkungen gehabt haben. Die Ansprechpartner für die Hilfesuchenden in der Verwaltung seien die gleichen geblieben und die Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Stadt sei konstruktiv und kollegial.

Zu TOP: 8. Informationen des Jobcenters

Herr Bartels teilt mit, dass am 23.12.2011 die Trägerversammlung des Jobcenters tagen wird. Der Landkreis werde durch die Landrätin, Frau Dr. Syrbe, und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald durch den Bürgerschaftspräsidenten, Herrn Liskow, vertreten. Die ca. 1.200 Jobcenterkunden aus den Ämtern Peenetal/Loitz und Jarmen-Tutow werden von Greifswald aus betreut. Zu diesem Zweck laufen derzeit Umbauarbeiten im Jobcenter und das notwendige Personal werde rekrutiert. Da ein Teil des Personals bisher im SGB III-Bereich gearbeitet habe, seine entsprechende Schulungsmaßnahmen vorgesehen.

Herr Bartels weist darauf hin, dass im nächsten Haushaltsjahr deutlich weniger Mittel für Eingliederungsmaßnahmen und den 2. Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden. Gleichzeitig sei gefordert, mit diesen geringeren Mitteln eine höhere Effizienz zu erreichen. Es kann eingeschätzt werden, dass die Integration marktferner Kunden schwieriger werden wird.

Da durch die Kreisgebietsreform eine andere Systematik bei der Datenerhebung angewendet wird, schlägt Herr Bartels vor, künftig Vergleichszahlen der Städte Greifswald, Rostock und Schwerin vorzustellen.

Herr Biedermann fragt, ob es Pläne für die Besetzung der Ombudsmann-Stelle gebe. Herr Bartels resümiert, dass der Ombudsmann nach anfänglicher Skepsis sehr positive Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Kunden und Jobcenter gehabt habe. Die Zahl der Widersprüche sei während dieser Zeit deutlich zurückgegangen. Es habe auch bei unterschiedlichen Auffassungen stets eine gute Zusammenarbeit gegeben. Die Kompetenz des Ombudsmannes sei sehr geschätzt worden. Daher befürworte er die Berufung einen neuen geeigneten Ombudsmannes.

Herr Biedermann regt an, die Idee des Ombudsmannes über die Fraktionen in den Kreistag einzubringen.

Herr Schmidt dankt Herrn Bartels für seine Ausführungen und für die Bereitschaft, dem Ausschuss auch weiterhin zur Verfügung zu stehen.

Zu TOP: 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Schmidt berichtet ausführlich über die Pläne der Verkehrsbetriebe, ab dem 11.12.2011 die Buslinien neu zu führen. Es solle in Zukunft nur noch 3 Linien geben.

In diesem Zusammenhang regt Frau Pridöhl an, über die Fahrplanänderungen ausreichend in den Medien zu berichten. Herr Schmidt sagt zu, dieses Anliegen weiterzuleiten.

Zu TOP: 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Die E-Mail von Herrn Schönfeld (Asta) bezüglich der Preisgestaltung der Eintrittspreise des Schwimmbades wird diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu TOP: 11. Bestätigung des Protokolls vom 07.09.2011

Es gibt keine Ergänzungen und Änderungen.
Abstimmungsergebnis: 4x ja, 4x Enthaltung.

Zu TOP: 12. Schluss der Sitzung

19:45 Uhr

gez. Marian Kummerow

Ausschussvorsitzender

gez. Ludwig-Andreas Klöckner

für das Protokoll